



DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Faktenwissen Ungarn

Wahlkampf und Parteiensystem in Ungarn

Tamás Fonay & Alexander Rasthofer

Nr.: 2022/09
2. Auflage 2024

Inhaltsverzeichnis

1. Hintergründe zum Wahlkampf.....	1
2. Aufstellung der Direktkandidaten und Parteilisten	1
3. Wahlkampffinanzierung	4
4. Das ungarische Parteiensystem	7
5. Ideologische Bruchlinien.....	10
6. Die Entwicklung der prägenden ungarischen Parteien von 1990 bis heute	12
7. Fazit.....	21
Literaturverzeichnis.....	24

1. Hintergründe zum Wahlkampf

Am 3. April 2022 wurde die Ungarische Nationalversammlung gewählt. Die Wahl wurde sowohl im In- als auch im Ausland genau verfolgt und erhielt daher in Deutschland und international viel mediale Aufmerksamkeit. Im Folgenden werden die rechtlichen Rahmenbedingungen des Wahlkampfes, der Wahlkampffinanzierung sowie der Aufstellung der Landeslisten vor den anstehenden Parlamentswahlen erläutert. In einem zweiten Teil wird auf die ungarische Parteienlandschaft und ihre Entwicklung eingegangen.

Offiziell beginnt der Wahlkampf immer am 50. Tag vor den Wahlen, der beim Urnengang 2022 auf den 12. Februar fiel. Am gleichen Tag hielt Ministerpräsident Viktor Orbán seine Rede zur Lage der Nation und leitete damit den Wahlkampf der Regierungsparteien ein, ebenso wie das aus sechs Parteien bestehende und von Péter Márki-Zay angeführte Oppositionsbündnis. Bei den Kommunal- und Europawahlen vom 9. Juni 2024 fiel der Wahlkampfbeginn demgemäß auf den 20. April. Zugleich traten damit jeweils die Wahlkampffregelungen in Kraft. Den gesetzlichen Bestimmungen gemäß gilt jede Tätigkeit als Wahlkampf, die geeignet ist, den Willen der Wähler zu beeinflussen oder dies zu versuchen. Zu den Mitteln des Wahlkampfes gehören Plakate, direkte Wahlwerbung, politische Werbung sowie Wahlversammlungen.

Die Tätigkeiten der Wahlorgane, die persönliche Kommunikation – ungeachtet ihres Inhalts und ihrer Form – zwischen Bürgern als Einzelpersonen sowie die Tätigkeit des Verfassungsgerichts, der Gerichte, der Kommunalverwaltungen und anderer staatlicher Organe bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben gelten jedoch nicht als Wahlkampf.

Bis zum Ende des Wahlkampfzeitraums, d. h. bis zum Ende der Stimmabgabe, können die nominierenden Organisationen und die Kandidaten Plakate auch ohne gesonderte „Erlaubnis“ herstellen und aufhängen. Jedoch müssen die Plakate und die Flugblätter Angaben über den Herausgeber enthalten, einschließlich dessen Namen und Anschrift, sowie die für die Veröffentlichung verantwortliche Person. Die ausgehängten Plakate bzw. Wahlwerbungen müssen binnen eines Monats nach dem Wahltermin von den jeweiligen Verantwortlichen entfernt werden.

2. Aufstellung der Direktkandidaten und Parteilisten

Ab dem Beginn des Wahlkampfes können die Direktkandidaten zwei Wochen lang, also im Falle der Parlamentswahlen 2022 bis zum 25. Februar 2022, 16 Uhr, Empfehlungen (Unterschriften)

der Wähler auf den dafür vorgesehenen Formularen sammeln. Jeder Kandidat tut dies in dem Wahlkreis, in dem er sich bewerben möchte. Man kann entweder für eine Partei oder als Unabhängiger antreten. Für eine erfolgreiche Direktkandidatur sind mindestens 500 Empfehlungen von Wählern mit Hauptwohnsitz in dem jeweiligen Wahlkreis erforderlich, da die Parlamentswahlkreise von ihrer Einwohnerzahl ungefähr gleich groß geschnitten sein müssen.

Im Falle der Kommunalwahlen hängt die vorausgesetzte Unterschriftenzahl für einen Direktkandidat von der Größe des Ortes ab: Ein Direktkandidat ist laut Regel auf die Unterschriften von einem Prozent, ein Bürgermeisterkandidat von drei Prozent der Wahlberechtigten angewiesen. Bei Ortschaften zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern benötigt ein Bürgermeisterkandidat aber in jedem Fall 300 Unterschriften, ab 100.000 Einwohnern 500 Unterschriften. Die Budapester Oberbürgermeisterkandidatur setzt einen Unterstützerkreis von mindestens 5.000 Empfehlungen voraus. In Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern findet eine Mischwahl statt. Zwei Drittel der Kandidaten werden als Direktkandidaten via Einzelwahlkreisen (Stadtbezirke), ein Drittel via Kompensationslisten in den Stadtrat gewählt. Wie viele Unterschriften ein Direktkandidat also genau benötigt, hängt von der Anzahl der Wahlbezirke sowie der Wahlberechtigten innerhalb dieser ab. Dieser Wahlmodus trifft auch auf Budapest und seine Stadtbezirke zu. Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnern bilden einen einzelnen Mehrpersonenwahlkreis. Hier könnten so viele Kandidaten unterstützt werden, wie es Gemeinderatssitze zu verteilen gibt. Wie viele Unterschriften benötigt werden, um auf dem Wahlzettel aufgeführt zu werden, hängt lediglich von der Zahl der Wahlberechtigten in der Gemeinde ab. In Gemeinden mit unter 100 Einwohnern genügt eine einzige Empfehlung. Da die Kommunalwahlen mit den Europawahlen zusammenfallen, deren Stichtag für die Stimmensammlung nach zwei Wochen regulär der 3. Mai 2024, 16 Uhr war, wurde der Stichtag für die kommunalen Unterschriftensammlungen drei Tage später auf den 6. Mai festgesetzt.

Für die Aufstellung einer Liste zu den Europaparlamentswahlen werden mindestens 20.000 Stimmen vorausgesetzt. Diese können allerdings landesweit gesammelt werden. Die Anzahl benötigter Empfehlungen im Falle einer Komitatsliste bei den Kommunalwahlen hängt hingegen von der Bevölkerungszahl des Komitats ab (die Komitate sind die ungarischen Verwaltungsbezirke zwischen Gemeinde- und Landesebene). Die nominierenden Parteien

benötigen stets die Unterstützung von 0,5 Prozent der Wahlberechtigten, sodass sie im größten Komitat Pest 2024 5.035, im kleinsten Komitat Nógrád lediglich 629 Unterschriften brauchten.

Dabei gilt es zu beachten, dass für eine gültige Empfehlung eine handschriftliche Unterschrift zwingend notwendig ist, während die sonstigen Daten in Anwesenheit des Empfehlungsgebers auch von anderen eingetragen werden können. Eine Person kann mehr als einen Kandidaten empfehlen, jedoch jeden nur einmal. Die gesammelten Empfehlungen müssen zur Kontrolle dem Wahlausschuss des jeweiligen Wahlkreises vorgelegt werden, der dann über die Registrierung der Kandidaten entscheidet.

Für die Aufstellung der Landeslisten zur Parlamentswahl sowie der Kompensationslisten bei der Kommunalwahl in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern werden keine Unterschriften benötigt. Nach der im November 2020 verabschiedeten Regelung können ausschließlich diejenigen Parteien eine Landesliste zur Parlamentswahl aufstellen, die in mindestens 71 der 106 Wahlkreise, in mindestens 14 der 19 Komitate und in Budapest eigene Kandidaten ins Rennen schicken. Im Falle eines gemeinsamen Kandidaten von mehreren Parteien – wie es bei dem aus sechs Parteien bestehenden Oppositionsbündnis und bei den Regierungsparteien Fidesz-KDNP der Fall war – kann ebenso eine gemeinsame Landesliste erstellt werden. Diese Regelung wurde 2020 geändert, um das Entstehen sogenannter Scheinparteien zu erschweren, die nur gegründet werden, um an der Wahlkampffinanzierung teilnehmen zu können. Laut der vorherigen Regelung konnten diejenigen Parteien eine Landesliste aufstellen, die mindestens in 27 der 106 Wahlkreise, in mindestens 9 der 19 Komitate und in Budapest eigene Kandidaten hatten. Diese Hürde war für kleinere und dadurch auch für solche Scheinparteien einfacher zu überwinden, was der Gesetzgeber mit der Abänderung der Vorschriften zu verhindern versuchte. Auf Ebene der Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern kann eine solche Partei eine Kompensationsliste nominieren, die in zwei Dritteln aller Wahlbezirke der Gemeinde einen Direktkandidaten aufstellt. Eine Liste für den Budapester Gesamtstadtrat kann jede Partei aufstellen, die entweder einen Oberbürgermeisterkandidaten oder mindestens drei Bezirksbürgermeisterkandidaten stellt.

Die Selbstverwaltungen der 13 autochthonen nationalen Minderheiten können auf Landesebene eine sogenannte Nationalitätenliste aufstellen. Dafür ist die Empfehlung von mindestens einem Prozent der im Wählerverzeichnis als Minderheit eingetragenen Wähler, mindestens jedoch 1.500 Empfehlungen, erforderlich. Kandidaten auf einer Nationalitätenliste können nur

diejenigen Personen werden, die ihre Zugehörigkeit zu der entsprechenden Volksgruppe erklärt haben und dadurch auch Wähler der jeweiligen Nationalität sind. Im Falle der Wahl einer Nationalitätenvertretung auf kommunaler Ebene (ab mindestens 25 Angehörigen der jeweiligen Nationalität in einer Gemeinde) sind zur Kandidatur die Unterschriften von fünf Prozent der im Wählerverzeichnis als Minderheit eingetragenen Wähler vonnöten. Auch hier müssen die Kandidaten im Vorfeld ihre Zugehörigkeit zu der entsprechenden Volksgruppe erklärt haben.

Die Landeslisten der Parteien bzw. die landesweiten Nationalitätenlisten mussten dem Nationalen Wahlausschuss (Nemzeti Választási Bizottság) bis zum 26. Februar 2022, also dem Tag nach Ende der zweiwöchigen Unterschriftensammelungsperiode, zur Überprüfung vorgelegt werden. Wenn sie dies erfolgreich absolviert hatten, durften sie Delegierte in den Wahlausschuss schicken. Analog verhält es sich im Falle der Kommunalwahlen mit den jeweils zuständigen kommunalen Wahlausschüssen.¹

3. Wahlkampffinanzierung

Das Gesetz zur Wahlkampffinanzierung wurde 2013² von der Ungarischen Nationalversammlung verabschiedet, um die Wahlkampfausgaben der Parteien und ihrer Kandidaten zu ordnen und transparenter zu gestalten. Außerdem zielt die Gesetzgebung ebenso darauf ab, faire Wettbewerbsbedingungen und Chancengleichheit für alle Parteien und Kandidaten zu gewährleisten und die oben erwähnten Scheinparteien herauszufiltern. Es erstreckt sich allerdings nur auf die nationalen Parlamentswahlen.

Nach der Logik der Wahlkampffinanzierung kann ein Kandidat, der sich zur Wahl stellt, öffentliche Mittel erhalten, wenn er zuvor die erforderliche Anzahl von Empfehlungen in seinem Wahlkreis gesammelt hat. Andererseits wird aus dem zentralen Haushalt auch ein größerer Zuschuss zur Wahlkampffinanzierung für die vom Nationalen Wahlbüro (Nemzeti Választási Iroda) registrierte Landesliste der Parteien bei den Parlamentswahlen bereitgestellt.

Das Gesetz sieht vor, dass ein Kandidat bei den Parlamentswahlen Anspruch auf eine Million ungarische Forint (HUF) (ca. 2.700 Euro) hat. Jedoch wird der Betrag jedes Jahr um den

¹ Alle Einzelbestimmungen und genauen Regelungen lesen Sie im zuständigen Wahlgesetz von 2013: (2013. évi XXXVI. törvény a választási eljárásról 2013) sowie im zuständigen Gesetz zu den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen: (2010. évi L. törvény a helyi önkormányzati képviselők és polgármesterek választásáról 2010).

² (2013. évi LXXXVII. törvény az országgyűlési képviselők választása kampányköltségeinek átláthatóvá tételéről 2013).

Verbraucherpreisindex des Ungarischen Statistischen Zentralamtes (Központi Statisztikai Hivatal) erhöht, so dass dieser Betrag nach Angaben des Ungarischen Schatzamtes (Magyar Államkincstár) im Jahr 2022 bei 1.182.896 HUF (ca. 3.000 Euro) lag. Der Zuschuss für die Landesliste der Parteien wird wie folgt berechnet: Die im Parlament insgesamt zu erhaltenden Sitze (199 Sitze) werden mit dem Faktor 5 Millionen multipliziert. Aus dieser Rechnung ergibt sich eine Summe von 995 Millionen HUF (ca. 2.65 Millionen Euro), die jedoch ebenso jährlich an die Inflationsrate angepasst wird. Nach der Rechnung des Schatzamtes von 2022 standen den Parteien 1.176.981.122 HUF (ca. 3.13 Millionen Euro) zur Verfügung, die sie aber nicht in voller Höhe, sondern folgendermaßen erhalten. Sie haben Anspruch

- auf 40 % der obigen Summe, wenn sie mindestens 71 Direktkandidaten haben,
- auf 50 % der obigen Summe, wenn sie mindestens 80 Direktkandidaten ins Rennen schicken,
- auf 60 % der obigen Summe, wenn sie in allen Wahlkreisen einen Kandidaten aufstellen.

Auch die Nationalitätenlisten der nationalen Minderheitenselbstverwaltungen haben einen gesetzlichen Anspruch auf Bezuschussung in Höhe von 30 % der obigen Summe. Über die staatliche Finanzierung hinaus können die Parteien auch eigene Mittel zum Wahlkampf beisteuern. Diese Summe wird jedoch ebenfalls vom Gesetz begrenzt. Insgesamt dürfen pro Kandidaten einschließlich Zuschüsse 5 Millionen HUF an Wahlkampfkosten ausgegeben werden, allerdings wird auch dieser Betrag jährlich an die Inflation angepasst. Die Gesamtsumme gesetzlich erlaubter Wahlkampfgelder pro Partei errechnet sich also aus der Anzahl ihrer Kandidaten in den Einzelwahlkreisen plus der Zahl ihrer Kandidaten auf der Landesliste, hier jedoch begrenzt auf die Zahl der per Landesliste insgesamt zu erringenden Mandate (max. 93).

Die Wahlkampfgelder der Direktkandidaten (also die je 1.182.896 HUF), die sie auf eine Bankkarte erhalten, dürfen nur wahlkampfbezogen ausgegeben werden, persönliche Zahlungen und Sachwerte (bspw. Schreibtische und Laptops) sind dabei ausgeschlossen. Das Abheben von Bargeld aus dieser Summe ist ebenso nicht gestattet. Zugleich kann der Kandidat auf diesen Betrag zugunsten seiner Partei oder der ihn nominierenden Organisation verzichten. Dies ist in der Tat eine gängige Praxis geworden, es gibt mehrere Beispiele dafür, dass alle 106 Direktkandidaten einer Partei entsprechend gehandelt haben. Das gleiche gilt für das Geld, das

den Parteien nach den Landeslisten zusteht: Es kann nicht für Anschaffungen ausgegeben werden, die der Partei oder Organisation für längere Zeit dienen können.

Das Gesetz sieht außerdem vor, dass Wahlkampfgelder nicht verfallen, sollte ein Kandidat vor der Wahl versterben. Wenn ein Kandidat jedoch zurücktritt, muss das Geld zurückgezahlt werden. Die Rückgabe der „Listengelder“ hängt davon ab, ob die Partei nach dem Rücktritt des Kandidaten in eine andere prozentuale Klassifizierung (s. oben) gerät. Des Weiteren müssen die Mittel auch dann rückerstattet werden, wenn die Landesliste einer Partei nicht mindestens ein Prozent der insgesamt für die Landeslisten abgegeben gültigen Stimmen erreicht bzw. auf den Direktkandidat weniger als zwei Prozent der gültigen Stimmen eines Wahlkreises entfallen.

Alle zwei Jahre werden die Parteien im Allgemeinen und alle vier Jahre im Hinblick auf ihre Wahlkampfausgaben vom Staatlichen Rechnungshof (Állami Számvevőszék) überprüft. Darüber hinaus müssen die Parteien bzw. Organisationen, die eine Liste aufstellten, sowie alle Kandidaten innerhalb von 60 Tagen nach der Wahl ihre Wahlkampfausgaben auf ihren Webseiten und im Ungarischen Amtsblatt (Magyar Közlöny) veröffentlichen.

Ein Gesetz zur Wahlkampffinanzierung außerhalb der Parlamentswahlen, bspw. im Hinblick auf die Kommunal- oder Europawahlen existiert hingegen nicht. Theoretisch können die Parteien hier also so viel ausgeben, wie sie wollen und sich leisten können. Allerdings wird der Rechnungshof überprüfen, ob die aufgewendeten Einnahmen legal erzielt wurden. Ferner unterliegen die Parteispenden stets den allgemeinen Verwaltungsvorschriften, denen zufolge Spenden von mehr als 500.000 HUF transparent öffentlich gemacht werden müssen. Seit 2014 ist es Parteien ferner nicht mehr erlaubt, ausländische Gelder anzunehmen. Seit 2024 gilt dies auch für Vereinigungen und Organisationen, die sich um ein politisches Amt bewerben, aber nicht als Parteien gelten. Eine gezielte staatliche Finanzierung erhalten die Parteien jenseits der Parlamentswahlen nicht. In Ermangelung einer Obergrenze sowie von Berechnungen und Erhebungen gestaltet sich eine Schätzung, wie viel Geld die Parteien während des 2024 laufenden Wahlkampfes ausgegeben haben, schwierig. Experten gehen aber davon aus, dass der Finanzaufwand für Wahlwerbung während des gesetzlich geregelten Kampagnenzeitraums im Vergleich zur Parlamentswahl von 2022 von insgesamt 506 Millionen auf 444 Millionen Forint zurückgegangen ist.³

³ (Czene 2024).

4. Das ungarische Parteiensystem

Das ungarische Parteiensystem und die in ihm beheimateten Parteien entwickelten sich in einem speziellen, vom westeuropäischen zu unterscheidenden historischen und geistespolitischen Kontext. Diesen Kontext gilt es zu verstehen, um die Dynamiken und Merkmale des Parteiensystems adäquat nachvollziehen zu können. Insbesondere die Pfadabhängigkeiten einer postkommunistischen Erfahrungswelt und die wechselhaften Eindrücke der demokratischen Transformation und Wende prägen diese Entwicklungen nachhaltig. Im Folgenden werden die wichtigsten Konstanten des ungarischen Parteiensystems erläutert, bevor die chronologische Entwicklung der Parteienlandschaft von 1990 bis heute nachgezeichnet wird.

Die politische Sozialisierung und Kultur des Sozialismus haben in Ungarn wie in anderen Ländern der Region eine vergleichsweise inaktive zivilgesellschaftliche Organisation hinterlassen. Während die Rolle der Parteien als Vermittler von Interessen im politischen System in Westeuropa zugunsten anderer Institutionen stetig abgenommen hat, ist die überragende Bedeutung der Parteien in Ungarn ungebrochen. Im politischen Kontext sind die Parteien stets der wesentliche Artikulator und Aggregator von Interessen und insbesondere der Hauptakteur der Regierungsführung.⁴ Gleichzeitig weisen die Parteien in Ungarn quasi verschwindend geringe Mitgliederzahlen auf. Ihren Höchststand erreichten diese in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre mit über 200.000 und sind seitdem im Sinken begriffen. Kaum mehr als 80.000 bzw. nicht einmal ein Prozent der Ungarn dürften heute noch über eine aktive Parteimitgliedschaft verfügen. Dabei reichen die Mitgliedszahlen der unterschiedlichen Parteien etwa von lediglich wenigen Hundert bis zu höchstens um die 35.000 Mitglieder im Falle der größten Partei Fidesz. Erschwert wird diese Datenlage noch dadurch, dass diese Schätzungen ausschließlich auf freiwilliger Auskunft der Parteien selbst gründen, deren Wahrheitsgehalt bzw. deren Erhebungsmethodik nicht überprüfbar ist.⁵ Auch aufgrund der mangelnden gesellschaftlichen Verankerung, dem geringen zivilgesellschaftlichen Engagement von außen und ihrer starken politischen Rolle gegenüber dem Staat im Sinne einer Parteiendemokratie, sprechen viele Forscher in Ungarn vom demokratischen Idealtypus eines Kartellparteiensystems.⁶

⁴ (Horváth und Soós 2015), S. 249.

⁵ Ebd., S. 250-253.

⁶ (Kiszelly 2008), S. 121. / (Szarvas 2019), S. 7-8.

Keinesfalls sollte man jedoch die Mitgliederzahl und den Organisationsgrad der Parteien mit ihrer gesellschaftlichen Unterstützung beim Wahlbürger verwechseln. Es besteht nach wie vor kein Zusammenhang zwischen der Zahl der Parteimitglieder und den Wahlergebnissen.⁷ Was die Organisationsform der Parteien anbelangt, wurden in der ungarischen Parteienlandschaft im Laufe der Zeit verschiedene Strategien angewandt. Die bürgerlich-konservative derzeitige Regierungspartei Fidesz setzte beispielsweise ab den Jahren 2002/2006 auf eine zunehmende organisatorische Zentralisierung bei gleichzeitiger breiterer gesellschaftlicher Einbettung mit zahlreichen Lokalverbänden, sodass sie dem Charakter einer Volkspartei in ungarischen Maßstäben am nächsten kommt. Die postkommunistische MSZP hingegen setzte viele Jahre bis 2010 auf eine stark dezentralisierte, regionalisierte Organisationsform. Ganz im Gegenteil hierzu positionierte sich in ihren Hochzeiten die vormals rechtsradikale Partei Jobbik, deren Erfolg auf einem landesweit stramm zentralisierten Führungsstil rund um einen engen Führungskreis mit weitreichenden Kompetenzen fußte. Einen gänzlich anderen Weg schlug die nach 2010 gebildete grüne Partisanenpartei LMP ein, die auf einem dezentralisierten und basisdemokratischen Ansatz wurzelte. Festzuhalten ist trotz dieser Ausnahme im Allgemeinen in den letzten Jahren jedoch der Trend in Richtung stetiger Zentralisierung. Das auch ein hoher Organisationsgrad eine Marginalisierung nicht ausschließt, beweisen indes die Beispiele der demokratischen Wendeparteien MDF und SZDSZ sowie der historischen Kleinlandwirtepartei FKgP, die alle drei trotz verhältnismäßig hoher Mitgliederzahl und einer relativ nationalen Abdeckung in der politischen Versenkung verschwanden.⁸

Der rechtliche Rahmen der Tätigkeit von Parteien ist in Ungarn seit 1989 im Parteiengesetz und im Versammlungsgesetz geregelt. Für die Gründung neuer Parteien setzt der Gesetzgeber eine niedrige Schwelle. Bereits zehn wahlberechtigte Bürger können eine Partei gründen. Seit 2003 können Parteien in Ungarn ferner eine zugehörige Parteistiftung ins Leben rufen. Dabei kann jede Parlamentspartei eine Stiftung benennen.⁹ Parteiorganisationen an Arbeitsstätten, hierzu gehören auch Bildungseinrichtungen, sind hingegen anders als in Deutschland nicht zulässig. Arbeitsplätze und Universitäten sollen als Lehre aus dem Kommunismus unpolitische Orte bleiben. Was die Parteifinanzierung betrifft, setzt sich das Vermögen der Parteien aus den Beiträgen ihrer Mitglieder, den aus dem zentralen Haushalt zugewiesenen Zuschüssen, Parteispenden und weiteren Einnahmen, etwa aus wirtschaftlichen und unternehmerischen

⁷ (Horváth und Soós 2015), S. 252.

⁸ Ebd., S. 253-257.

⁹ (Kiszelly 2008), S. 123-124.

Erträgen zusammen. Die korrespondierenden Rechtsregeln zur Finanzierung und Wirtschaftsführung von Parteien haben sich seit dem Systemwechsel als relativ beständig erwiesen. Es hat sich ein parteizentriertes Fördermodell mit egalitären Elementen herausgebildet, in dessen Zentrum erhebliche staatliche Unterstützungsleistungen stehen. Nennenswerte Reformen bilden nur die Einführung von Parteistiftungen 2003, die ebenfalls staatliche Zuschüsse erhalten, sowie die oben angesprochene Reform der Wahlkampffinanzierung 2014. Parteizentriert bedeutet in diesem Fall, dass die Nutznießer staatlicher Zuschüsse größtenteils die Parteien direkt und nicht die Kandidaten sind. Egalitäre Elemente dieses Modells bilden das niedrige Anspruchsniveau für staatliche Unterstützung, die kostenlose Bereitstellung von Immobilien für Parteien sowie die Festlegung einer Obergrenze für Wahlkampfausgaben.

Wie bereits angedeutet stehen im Mittelpunkt der Einnahmen der Parteien staatliche Zuschüsse. Diese erhalten sie neben der staatlichen Grundförderung ebenfalls für die Durchführung von Wahlkampagnen, ferner steht sowohl den Parlamentsfraktionen als auch den Parteistiftungen eine gesonderte Bezuschussung zu.¹⁰ Diese Einnahmen machen zwischen 60-90 % des gesamten Budgets der einzelnen Parteien aus. Von verschwindend geringer Rolle sind hingegen Mitgliederbeiträge, die gerade einmal 1-4 % der jährlichen Einnahmen umfassen. Die restlichen 10-30 % decken sich größtenteils über Parteispenden.¹¹ Nicht erlaubt sind hierbei Spenden von anderen Staaten sowie ausländischen Organisationen oder Staatsbürgern. Die Parteien sind verpflichtet, einmal jährlich bis zum 31. Mai einen Finanzbericht im Ungarischen Staatsanzeiger und auf ihrer eigenen Webseite zu veröffentlichen. Spenden über 500.000 HUF müssen, wie im Absatz Wahlkampffinanzierung erwähnt, gesondert und namentlich ausgewiesen werden.

Die Verteilung der im Zentralhaushaltsgesetz für die Parteienförderung zur Verfügung stehenden Beträge geschieht nach dem folgenden Schlüssel: 25 % der Gelder werden zu gleichen Teilen an die über ihre Landesliste im Parlament vertretenen Parteien verteilt, die übrigen 75 % werden allen Parteien im Verhältnis zu den für die Partei oder ihre Kandidaten abgegebenen Stimmen auf der Grundlage der Ergebnisse der Parlamentswahlen zugeteilt. Ihren Anspruch auf Förderung verliert eine Partei, die weniger als 1 % der abgegebenen Stimmen

¹⁰ (Horváth und Soós 2015), S. 258.

¹¹ Ebd., S. 259-262.

erhält.¹² Die Bezuschussung der Fraktionen richtet sich nach der Anzahl ihrer Mandate im Parlament, die der Parteistiftungen nach dem Verhältnis der Parteistimmen bei der letzten Wahl.

Derzeit zählt die Ungarische Nationalversammlung neun Fraktionen, von denen zwei der Regierungsmehrheit, sieben der Opposition angehören. Die Fraktionsdisziplin innerhalb der Parteien kann als äußerst hoch bezeichnet werden.¹³ Eine Besonderheit des ungarischen Systems ist auch die Möglichkeit einer sogenannten Listenverbindung zweier Parteien. Hierbei treten zwei oder mehrere Parteien im Rahmen der Wahlen auf einer gemeinsamen Liste an, verbleiben aber gänzlich eigene Entitäten mit eigener Organisationsstruktur und eigener Programmatik, die auch im Parlament eigene Fraktionen bilden. Prominente Beispiele hierfür sind die Listenverbindung der Regierungsparteien Fidesz-KDNP oder das oppositionelle Sechsparteienbündnis bei der Wahl 2022.

Eine weitere Besonderheit des Parteiensystems ist seine ausgeprägte Personalisierung. Parteien und Wahlkämpfe werden von charismatischen Persönlichkeiten bestimmt. Dies ist zwar kein genuin ungarisches Phänomen, hat sich hierzulande jedoch besonders schnell und prägend durchgesetzt. Einhergehend mit dem ständigen Wettbewerb zweier (oder mehrerer) Persönlichkeiten ist auch das Stilmittel des Populismus zum wesentlichen Bestandteil ungarischer Parteipolitik geworden. Auch eine zunehmende Präsidialisierung des Regierungsstils, in der sich die Person des Ministerpräsidenten zunehmend vom Kabinett abhebt, lässt sich feststellen.¹⁴

5. Ideologische Bruchlinien

Die Parteien im post-1989 Ungarn formierten sich im Gegensatz zu Westeuropa nicht um soziale Gruppen, sondern um Vermächtnisse und Bruchlinien. Das ungarische Parteiensystem wird durch eine Reihe grundlegender ideologischer Bruchlinien gekennzeichnet, anhand derer sich die Parteien in Relation zueinander formieren und die das klassische Links-Rechts-Schema transzendieren. Viele dieser Bruchlinien traten nach ihrer Unterordnung unter den kommunistischen Einheitsstaat in den Post-Wendejahren wieder an die Oberfläche, einige formierten sich neu. Als historische Kontinuität trat die politische Kontroverse zwischen

¹² (Kiszelly 2008), S. 124.

¹³ Ebd., S. 129.

¹⁴ Ebd., S. 130-131.

Ungarns Volkstümlichen oder Traditionalisten (*népiek*) und den Urbanisten (*urbánusok*) hervor. Dieser traditionsreiche Streit dreht sich darum, wer die Interessen der Nation legitimer vertreten könne. Diese Urbanisten standen für die städtische, bürgerliche Lebensform, die Urbanität und eine starke Orientierung an Westeuropa. Die Populisten hingegen strebten nach einer genuin ungarischen Lebensform und stellen sich die Kernfrage: Wie lebt das Volk? Diese Kontroverse, die über den Bereich des Politischen hinausgeht, wurde in der Wendezeit zunächst vorwiegend zwischen den damaligen antikommunistischen Dissidentenbewegungen und späteren politischen Parteien der älteren Generation ausgetragen, absorbierte im Laufe der Jahre jedoch alle politischen Kräfte in zwei antagonistische Lager. Die ungarischen Volkstümlichen boten ein Identifikationsprogramm aus der vorkommunistischen Vergangenheit, das eine Alternative zu der von den Urbanisten propagierten alternativlosen Westernisierung darstellte und einen Entwicklungsansatz verfolgte, der anstatt einer reinen Nachahmung den Anschluss an den westlichen Standard ohne Verzicht auf die Ursprünglichkeit und die Besonderheiten des ungarischen Volkes verfolgte.¹⁵

In diese Bruchlinie fügten sich die alten Kontroversen zwischen Ost und West, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie nahtlos ein. Ergänzt wurden diese um den Konflikt pro-religiös versus anti-religiös. Insbesondere erbte das ungarische Parteiensystem aus dem Kommunismus aber den neuen Konflikt zwischen Exkommunisten und Nichtkommunisten. Auf der Seite der Antikommunisten standen die Parteien der Wende, auf der Seite der Postkommunisten die Nachfolgepartei der sozialistischen Staatspartei.¹⁶ Für eine kurze Zeit war auch eine dreipolige Teilung der Parteien im Sinne des westlichen Schemas Konservatismus-Liberalismus-Sozialismus erkennbar. Diese löste sich mit der Desintegration des liberalen Pols schnell auf. Die aus dem Erbe der Systemtransformation erwachsene Positionierung der politischen Lager zur Ideologie des Liberalismus sollte in den folgenden Jahren eine weitere Kontroverse bilden. Eine grobe Einteilung des ungarischen Parteiensystems anhand des Links-Rechts-Schema ließe sich zwar ebenfalls vornehmen, wichtiger als diese zeigte sich jedoch die Haltung zur näheren und weiteren Vergangenheit, also den Zeiträumen während der kommunistischen Herrschaft bzw. vor dem zweiten Weltkrieg, sprich die Positionierung um politisch-kulturelle Wurzeln und

¹⁵ (Rasthofer 2023), S. 51-52.

¹⁶ Ebd., S. 53,

Vermächtnisse. Die Gemeinsamkeiten und Meinungsverschiedenheiten über die Vergangenheit bildeten einen nicht unwesentlichen Teil der alles überlagernden *népi-urbánus*-Spaltung.¹⁷

Schnell fügte sich das Parteiensystem im Allgemeinen in diesen Dualismus ein. Es bildete sich eine tief verwurzelte und scharf polarisierte Zwei-Lager-Logik heraus. Die postkommunistischen Sozialisten der MSZP gruppierten sich schnell um die Tradition der Westernisierung der Urbanisten. Die ältere Generation der Oppositionellen ging schnelle getrennte Wege und teilte sich gemäß der alten Bruchlinie zwischen Populisten und Urbanen in das konservative Ungarische Demokratische Forum (MDF) und die bürgerlich-kosmopolitischen Liberalen (SZDSZ), denen auch ein Großteil der städtischen Akademikerschicht angehörte. Nach dem ungarischen Philosophen Tamás Fricz verriegelten sich die beiden Seiten nahezu in ihren Weltanschauungen in zwei geschlossenen, inkompatiblen Lagern, deren Kulturkrieg Familien, Freundschaften und das Land auseinanderzureißen drohte.¹⁸ Eine gänzlich neue Generation junger, studentischer Opposition, die sich Ende der 1980er Jahre als Jugendorganisation herausgebildet hatte, formierte sich im Bund Junger Demokraten (Fidesz), deren charismatischer Anführer Viktor Orbán 1989 in einer Rede landesweite Bekanntheit erlangt hatte, in der er den Abzug der sowjetischen Truppen gefordert hatte. Als zunächst alternative radikal- und nationalliberale junge Partei grenzte er sich sowohl entgegen den Alten von dem Konflikt der *népiek* und *urbánusok*, als auch dem Sozialliberalismus des SZDSZ ab. Später, in Hinblick auf die sich mit dem Niedergang des Liberalismus herausbildende Lagerstruktur und mit Verweis auf seine „nationale Verpflichtung“, schloss sich der Fidesz dem konservativen Mitte-Rechts-Lager an, begann aber dieses nun unter seiner Führung aufzubauen und zu integrieren.¹⁹

6. Die Entwicklung der prägenden ungarischen Parteien von 1990 bis heute

Mit dem Scheitern des sozialistisch-kommunistischen Systems gelangte auch das monolithische Einparteiensystem der Staatspartei an sein Ende und neue Parteien wurden geboren. Diese lassen sich in drei Kategorien einteilen. Zu ersterer zählen die neugegründeten Parteien der demokratischen Opposition der Wendezeit, die sich ab den Jahren 1987/88 aus den verschiedenen antikommunistischen Dissidentengruppen formierten und in der ausgehandelten Revolution am Demokratiepakt mit den Sozialisten beteiligt waren. Hierzu zählten das MDF,

¹⁷ (Szarvas 2019), S. 3-4.

¹⁸ (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 37-38, 46. / (Rasthofer 2023), S. 53.

¹⁹ Ebd., S. 53-54.

der SZDSZ und der Fidesz. Zu einer zweiten Gruppe lassen sich jene Parteien zählen, die an eine historische Tradition vor dem Kommunismus anknüpften und sich infolge des Systemwechsels neugründeten, wie etwa die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKgP), die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) oder die Ungarische Sozialdemokratische Partei (MSZDP), welche nach ihrer Neugründung jedoch keinerlei politische Relevanz mehr erreichen konnte. Eine Sonderrolle nahmen die Nachfolgeparteien des kommunistischen Einparteienstaates ein, nennenswert in erster Linie die Sozialistische Partei Ungarns (MSZP), auch wenn es als Abspaltung noch die kommunistische *Munkáspárt* (Arbeiterpartei) gab. Diese wurden von den übrigen Akteuren zunächst in eine politische Quarantäne gesteckt. Eine Zusammenarbeit mit ihnen wurde abgelehnt. Ein allgemeines Misstrauensklima zwischen den ehemaligen Faktionen des Demokratiepakts am Runden Tisch prägte die Parteien. Die erste freie Parlamentswahl von 1990 festigte das Parteiensystem. Sechs parlamentarische Fraktionen bildeten sich heraus, die sich um drei Pole gruppierten. Die Parteien des volkstümlichen, konservativen Lagers FKgP (11,4 %) und KDNP (5,4 %) bildeten – angeführt vom MDF (42,5 %) – die erste Regierungskoalition. Der SZDSZ (23,8 %) und der Fidesz (8,5 %) vertraten die urbane und liberale Denkrichtung in der Opposition. Die sozialistische MSZP erlangte 8,5 % der Mandate.²⁰

Die turbulenten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die wachsende Unzufriedenheit mit der demokratischen Transformation sorgten bei den Parlamentswahlen 1994 für einen Paukenschlag an den Wahlurnen, der die Sozialisten aus der Quarantäne befreite und sie zurück in die Regierung hob. Ihr Profilwandel zu einer Catch All-Partei im Lager der Urbanisten und Westernizer und ihr gleichzeitiges Koalitionsbündnis mit dem liberalen SZDSZ führten zu einem Zerfallen des liberalen Pols. Insbesondere die Tatsache, dass die postkommunistische MSZP nach der Wahl bereits alleine eine ausreichende Regierungsmehrheit gehabt hätte, sich die antikommunistischen ehemaligen Dissidenten des SZDSZ dennoch mit ihren vormaligen Peinigern zu einer Zweidrittelmehrheit zusammenschlossen und dabei den parteiübergreifenden Konsens der Nichtkooperation brachen, trug nachhaltig und dauerhaft zur Diskreditierung des ungarischen Liberalismus bei.²¹

²⁰ (Szarvas 2019), S. 2-3. / (Horváth und Soós 2015), S. 273. / (Kiszelly 2008), S. 122, 125. / (Rasthofer 2023), S. 46. / (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 40-41.

²¹ (Kiszelly 2008), S. 126. / (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 47.

Infolgedessen wandte sich der Fidesz dem zusehends zersplitterten Lager der Volkstümlichen und Traditionalisten zu. Das ungarische Parteiensystem wandelte sich bis 2010 in ein dualistisches System. Die ohnehin bereits starke antagonistische Polarisierung zwischen den Lagern, die sich bis heute mit zahlreichen eigenen Organisationen und Medien in allen Bereichen der Gesellschaft widerspiegelt, verschärfte sich weiter zu einer Art kalten Bürgerkrieg, der auf die Delegitimierung des Gegners abzielte. Während seither eine Bewegung innerhalb des eigenen Blockes als legitim angesehen wird, gilt selbiges außerhalb als unmoralisch und Glaubwürdigkeitsverlust. Insbesondere um die Deutung der kommunistischen Vergangenheit entzündeten sich zahlreiche Konflikte.²² Im ungarischen Parteiensystem standen sich seit 1994 bis 2010 zwei große Blöcke mit jeweils einer Führungspartei und einem Juniorpartner gegenüber. Auf der einen Seite die MSZP im Bündnis mit dem SZDSZ, auf der anderen Seite Fidesz mit dem MDF bzw. später der KDNP. Dies verfestigte gleichzeitig die Partokratie, sodass in Ungarn die Parteien die einzigen, alles bestimmenden politischen Akteure geworden sind und parteipolitische Debatten die Politik dominieren.²³ Eine weitere Entwicklung dieser Zeit ist, dass die ungarische Parteienlandschaft infolge des teilweisen Zerfalls des MDF 1993 mit der Ungarischen Wahrheits- und Lebenspartei (MIÉP) ihre erste rechtsradikale Vertreterin verbuchte.²⁴

Bereits an diesem Punkt zeichnete sich im Vorfeld der Wahlen 1998 ein zunehmendes Problem der Sozialisten ab. Mit ihrem zunehmend neoliberalen Profilwandel und Regierungsprogramm geriet sie in Konflikt mit ihrer linken MSZP-Kernwählerschaft. Setzte sich diese ursprünglich in Großteilen aus dem Milieu der Arbeiter und Wendeverlierer zusammen, war dies schwer vereinbar mit dem gegensätzlichen Milieu der postkommunistischen Wendeprofitere, in deren Sinne die MSZP ihre Politik gestaltete. Wählerstudien aus der Zeit vollziehen die Zweifel der Wählerbasis in Bezug auf einen wilden Kapitalismus, eine wachsende Liberalisierungsskepsis und ein düsteres Zukunftsbild gut nach. Die MSZP wandelte sich in die Partei der Begünstigten, während verschiedene Wählergruppen, insbesondere junge Wähler an Fidesz verloren gingen, der mit dem Abstieg des MDF zur Führungspartei des nationalen Lagers avancierte.²⁵

²² (Szarvas 2019), S. 5. / (Horváth und Soós 2015), S. 273. / (Kiszelly 2008), S. 128. / (Rasthofer 2023), S. 47-48, 54.

²³ (Rasthofer 2023), S. 50.

²⁴ (Kiszelly 2008), S. 127-128.

²⁵ Ebd., S. 126-127. / (Gazsó 1997), S. 206-212. / (Rasthofer 2023), S. 49

Diese Bemühungen gipfelten in der ersten konservativen Koalitionsregierung unter Führung des Fidesz um Ministerpräsident Viktor Orbán von 1998 bis 2002. Der Zersplitterung des rechten Lagers entsprechend fiel die KDNP aufgrund interner Streitigkeiten erstmals aus dem Parlament. Neu zog hingegen die rechtsradikale MIÉP ein. Anknüpfend an die *népi*-Tradition und die Wendekrisen griff Fidesz den eigenen ungarischen demokratischen Weg auf und definierte seine präferierte Nation als eine Gemeinschaft der Interessen und der Solidarität.²⁶ Dementsprechend aufgeheizt gestaltete sich der Wahlkampf 2002 zwischen den zwei Blöcken MSZP-SZDSZ und Fidesz-MDF, der letztendlich hauchdünn und für die amtierende konservative Regierung unerwartet verlorenging.²⁷ Die Sozialisten sollten 2006 noch eine weitere Amtszeit gewinnen und für insgesamt acht Jahre die ungarische Politik lenken.

Im Lichte dieser Niederlage begann die Transformation des Fidesz zu einer Volkspartei. Es wurde mit dem Aufbau einer neuen sozialen Basis und insbesondere erstmals einer Organisationsstruktur auf dem Land begonnen. Mithilfe neuer Mobilisierungs-, Medien- und Kommunikationsstrategien, wie regelmäßigen Konsultationen über ihr Parteiprogramm, Petitionen, Demonstrationen und der Einrichtung von lokalen Bürgerkreisen, versuchte Fidesz im Sinne einer Graswurzelpolitik einen direkten Draht und Dialog zu den Bürgern herzustellen, das Interesse an der Politik zu erhöhen und den Parteiskeptizismus der Bürger durch direkten Kontakt abzubauen.²⁸

Mit dem 2004 vollzogenen Beitritt Ungarns zur EU gesellte sich überdies noch eine weitere Konfliktlinie zwischen den politischen Lagern hinzu: Die Haltung gegenüber äußeren Machtzentren in Gestalt der EU und Brüssel. Während die Urbanisten – ähnlich wie historisch im Verhältnis zu Habsburg und Wien und gemäß ihrer Westernizer-Haltung – ihrem Reflex folgten, sich dem föderalen Konstrukt unkritisch unterzuordnen, nahmen die Traditionalisten eine souveränistische, kritischere Haltung ein, die auf der Souveränität des Nationalstaats beruhte. Der EU-Beitritt und die Mitgliedschaft als solche wurden indes von keiner der Parteien je infrage gestellt.²⁹ In den Jahren um 2006 betrat auch eine weitere politische Formation die Bühne, welche die ungarische Politik später noch prägen sollte: die rechtsradikale Jobbik. Musste sie 2006 noch unter dem gemeinsamen Namen „Dritter Weg“ im Bündnis mit der MIÉP antreten (erstere war damals noch, letztere bereits schon zu schwach für eine einzelne

²⁶ (Rasthofer 2023), S. 54.

²⁷ Ebd., S. 54-55. / (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 64-65.

²⁸ (Rasthofer 2023), S. 55. / (Kiszelly 2008), S. 129.

²⁹ (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 67.

Kandidatur), avancierte sie zu einer Protestpartei, die viele unzufriedene Wählerschichten auf dem abgehängten Land ansprach.³⁰

Der Katalysator dieser Unzufriedenheit war das Krisenjahr 2006. Stürzte es einerseits das linke Regierungslager in eine tiefe politische, wirtschaftliche und moralische Krise, von der es sich nie wieder vollständig erholen sollte, zementierte es andererseits die unangefochtene Rolle von Fidesz als bestimmender Mittelpunkt ungarischer politischer Debatten. Die sozialistische Regierung geriet durch ihre technokratische, elitistische und inkohärente Reformpolitik immer mehr in Verruf. Ihren Gipfel erreichte die öffentliche Empörung in der Veröffentlichung der internen Geheimrede des neuen Ministerpräsidenten Gyurcsány vor Parteikadern nach der Wiederwahl der Partei 2006, die als sogenannte Lügenrede in die ungarische Geschichte einging und in der er zugab, die ungarischen Wähler während des Wahlkampfes über die eigene Misswirtschaft und Korruption systematisch belogen zu haben.³¹

Das Wahlbündnis Fidesz-KDNP, das 2006 erstmals gemeinsam angetreten war, wurde für die überwältigende Mehrheit der Wählerschaft – während sich die Wirtschaftskrise fortsetzte – quasi alternativlos. In der Parlamentswahl 2010 erlangte es eine Zweidrittelmehrheit. Die Sozialisten hingegen wurden vernichtend geschlagen. Die bestimmenden, einst rivalisierenden Wendeparteien MDF und SZDSZ erreichten hingegen nicht einmal mehr im Wahlbündnis miteinander die Fünfprozenthürde und desintegrierten sich völlig. Das ungarische Parteiensystem fiel auseinander und wandelte seinen Charakter grundlegend. Das neue politische Feld ab 2010 lässt sich als dreipoliges zentrales Kraftfeld beschreiben, in dessen Zentrum sich – als Vertreter einer breiten gesellschaftlichen Mitte – Fidesz-KDNP positionierten. Zu ihrer Linken fanden sich die tief angeschlagene MSZP und ihre bald zahlreichen Splitterparteien ein, zu ihrer Rechten vollzog die rechtsradikale Jobbik ihren kometenhaften Aufstieg, die bald zu Fidesz‘ größtem Konkurrenten avancierte.³² Dass diese Konstellation für einige kritische Analysten wie die politischen Verhältnisse im Horthy-Ungarn der Zwischenkriegszeit anmuteten, bedeutet indes keinesfalls, dass es einen kausalen Zusammenhang mit der Vergangenheit oder eine inhaltliche Legitimation über die politische Kultur dieser Zeit gegeben hätte. Das Fidesz-zentrierte Parteiensystem ist ein Produkt seiner

³⁰ (Kiszelly 2008), S. 130.

³¹ (Rasthofer 2023), S. 56.

³² Ebd., S. 57-59. / (Szarvas 2019), S. 6. / (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 145, 148. / (Horváth und Soós 2015), S. 273-274.

eigenen Zeit.³³ László Szarvas sieht die geistige Grundlage dieses zentralen Kraftfelds in der ungarischen Mentalität begriffen. Es spiegle eine historische Lernerfahrung wider, nach der die harte politische Rivalität zweier Blöcke und die gegenseitige Verriegelung in zwei Lager stets als Hemmung und Einschränkung des politischen Diskurses empfunden worden sei.³⁴

Zahlreiche akademische Debatten drehten sich darum, ob das neue Parteiensystem dem Idealtypus eines dominanten Parteiensystems entspräche. Dafür spräche, dass Fidesz-KDNP mit den Wahlen 2022 inzwischen zum dritten Mal in Folge stabil mit absoluter Mehrheit die Parlamentswahlen gewonnen hat. Auch die hohe, direkte Mobilisierung der Wählerschaft unabhängig von Organisationsgrad und Mitgliederzahl der Partei und das Fehlen eines Parteiprogramms ließen sich hierfür anführen. Ferner sind Vertreter der beiden Parteien durchaus in den wichtigsten öffentlichen Ämtern auf Landes-, Regional- und Lokalebene (Staatsoberhaupt, Verfassungsgericht, Staatsanwaltschaft, öffentliche Medien) eingebunden und minimieren dadurch per definitionem erfolgreich die Möglichkeiten der Oppositionsparteien. Die gesamtgesellschaftliche Einbindung der Regierungsparteien ist insgesamt hoch. Gegen den Typus des dominanten Parteiensystems spricht die vergleichsweise noch zu kurze durchgängige Regierungsdauer von Fidesz-KDNP, auch wenn sich diese in der Mitte der Legislaturperiode 2022-2026 den 15 Jahren nähert. Die Forschung spricht hier von langfristigen Zeiträumen von eher 30-50 Jahren. Überdies ist es unter den Regierungsparteien zu keiner grundlegenden Umformung der politischen Kultur im Sinne einer neuen Ära gekommen. Die politischen Bruchlinien des heutigen Ungarns sind stets kongruent zu denen vor 30 Jahren (Umgang mit der jüngsten Vergangenheit, Ablehnung des Establishments, Liberalisierungsskepsis, Anknüpfung an die ungarische Geschichte). Auch aus den sachpolitischen Debatten der Regierung und Opposition lassen sich per se keine neuen Bruchlinien ableiten. Viele der politischen Maßnahmen der Fidesz-Regierungszeit hätten vielmehr durchaus auch von Regierungskonstellationen anderer Zusammensetzung getroffen werden können. Die Unterschiede zwischen den Lagern sind kulturell-ideologisch bedingt.³⁵

Diese Unterschiede lassen sich auch nach 2010 mithilfe des klassischen Links-Rechts-Schemas nicht ausreichend beschreiben. Keine der ungarischen Parteien lehnt etwa nationale Werte ab. Fidesz grenzte sich von Jobbik unter anderem vielmehr gegen deren Rassismus und deren

³³ Ebd., S. 274.

³⁴ (Szarvas 2019), S. 8.

³⁵ Ebd., S. 6-7. / (Horváth und Soós 2015), S. 274-277. / (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 145-146.

Ablehnung der EU-Mitgliedschaft ab. Von den Parteien des linken Lagers unterschied sie ihre Position zur Mehrheitsdemokratie und zum Liberalismus. Die oppositionellen Parteien beider Ränder verband hingegen ihre Ablehnung der Person Viktor Orbáns.³⁶

Was waren die wichtigsten parteipolitischen Entwicklungen der Zeit nach 2010 bis heute? Festzuhalten ist die äußerste Zersplitterung der zerstrittenen Opposition.³⁷ Die anhaltende Polarisierung und Desintegration der Linken in Ungarn setzt sich bis heute immer schnelleren Schrittes fort. Interne Debatten um Machtfragen statt um politische Programme sowie die Rückkehr desselben, in den Augen der Wähler weitgehend diskreditierten politischen Personals von vor 2010, machen eine schlagkräftige Organisation der Opposition, die ihrer Rolle gerecht werden könnte, weitgehend unmöglich.³⁸ In den Jahren nach 2010 spaltete sich das einst geeinte Lager der Urbanisten rund um die MSZP in fünf Splittergruppen auf, die sich alle das links-grün-liberale Spektrum teilten. Auch als Fünfparteienkoalition konnte dieses Zweckbündnis um die MSZP, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Demokratischen Koalition (DK), der grünen Partei Dialog für Ungarn (*Párbeszéd*), der liberalen Partei Zusammen für Ungarn (*Együtt*) und der Ungarischen Liberalen Partei (MLP) die Wahlen 2014 nicht gewinnen. Neben diesen entstanden im linken Spektrum weitere Partisanenparteien, wie die grüne Partei Politik kann anders sein (LMP) ab 2009 oder die liberale Partei Momentum ab 2017, die ebenfalls ins Parlament einzogen. Viele dieser Parteien verschwanden über kurz oder lang in der Bedeutungslosigkeit. Die linke Opposition hat es bis heute im Wesentlichen verpasst, sich strukturell, organisatorisch und programmatisch an das neue Wahlsystem anzupassen. Im politischen Wettbewerb Ungarns bieten sie keine alternativen Inhalte, vielmehr erschöpft sich ihr Wahlkampf in ihrer Ablehnung der Regierung und der Person Viktor Orbáns.³⁹

Was die Parteiwählerschaft angeht, haben sich im Jahre 2010 umfassende Wählermigrationen vollzogen. Das desillusionierte alte linke Wählerklientel, insbesondere auf dem abgehängten Land, ist zu Fidesz-KDNP übergelaufen.⁴⁰ Außerhalb der Hauptstadt und einiger vereinzelter Universitätsstädte ist die Wahlkarte auf dem breiten Land orange, die Farbe des Fidesz. Gegenläufig verhält es sich in Budapest, wo Fidesz immer weniger Wahlbezirke für sich

³⁶ Ebd., S. 105. / (Horváth und Soós 2015), S. 277. / (Kiszelly 2008), S. 131.

³⁷ (Szarvas 2019), S. 7.

³⁸ (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 154-155, 161-163.

³⁹ Ebd., S. 96-98, 153, 162-163, 167-168, 174-179, 181-184, 192-194.

⁴⁰ Ebd., S. 100, 151-152.

gewinnt. Auf dem Land jedoch, erreichten die linken Oppositionsparteien in den letzten Kommunalwahlen 2024, wenn überhaupt, nur noch den dritten Platz nach den Rechtsradikalen.

Diese wiederum vollzogen eine interessante Entwicklung. Nachdem Jobbik infolge der Wahl 2010 einen steilen Aufstieg hingelegt hatte und zum politischen Hauptkonkurrenten der Regierungsparteien geworden war, erreichte sie in den Folgejahren die Glasdecke ihres rechtsradikalen Wählerpotentials. Den Ausweg suchte sie mit dem Ziel einer realistischen Machtoption ab 2014 und 2018 in einer zunehmenden Moderation der Partei Richtung Mitte.⁴¹ Diese Transformation fand im Jahr 2022 ihren Abschluss in der Beteiligung an einem vorwiegend linken oppositionellen Allparteienbündnis gegen Fidesz-KDNP. Mit dessen Abstrafung durch die Wähler verschwand Jobbik in der Bedeutungslosigkeit. Sein rechtsradikales Vermächtnis führt die Partei Unsere Heimat (*Mi Hazánk*) weiter, die sich nach der Wahl 2018 aus Protest abspaltete.⁴² 2022 zogen sie aus eigener Kraft mit einer Fraktion ins Parlament ein und verfügen über eine stabile Wählerbasis von 5-10 %.

Die Parlamentswahl 2022 und das Scheitern der Sechsparteien-Regenbogenkoalition gegen Fidesz-KDNP aus DK, MSZP, *Párbeszéd*, LMP, Momentum und Jobbik stehen symptomatisch für alle Probleme der Opposition. Die wahlrechtliche, technische Voraussetzung einer geeinten Opposition für einen Wahlsieg zeigte sich bei weitem nicht ausreichend, solange die Opposition es nicht schafft, gleichzeitig auch ihre Wählerbasis zu konsolidieren und zu vergrößern. Gerade die Unterstützung (vormals) rechtsradikaler und antisemitischer Jobbik-Politiker auf den Wahlzetteln der „Geeinten Opposition“ sorgte bei vielen Wählern für Entfremdung und Stirnrunzeln. Der Vielfarbigkeit des Bündnisses fehlte es an inhaltlicher Glaubwürdigkeit. Die vereinte Anti-Establishment-Haltung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den Parteien an einem glaubwürdigen Programm und einer verbindenden Identität mangelte. Dies wurde auch insofern bestätigt, als die Listenverbindung nach der Wahl unverzüglich in sechs einzelne Fraktionen zerbrach. Die Person des alten verpönten sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány als Führungsfigur des oppositionellen Lagers im Hintergrund stößt nach wie vor bei breiten Teilen der Wählerschaft, die sich an die Jahre 2006-2010 erinnern auf breite Ablehnung. Wenn dieser Effekt mit der Zeit auch abnimmt, erweist er sich stets als personelle Bürde. Schließlich gelang es der Opposition letztlich nicht, zwischen den sechs Parteien einen geeigneten und glaubhaften Ministerpräsidentenkandidaten zu

⁴¹ Ebd., S. 96-98, 163-166, 180-181, 185. / (Rasthofer 2023), S. 78-79.

⁴² Ebd., S. 79-80. / (Kovács, Molnár und Szánthó 2022), S. 194-195.

präsentieren. Sämtliche Spitzenpolitiker der Opposition liegen in den Umfragen nach wie vor deutlich hinter dem charismatischen und altgedienten Staatsmann Viktor Orbán zurück. Seine Beliebtheit ist weitgehend unangefochten. Dem fragilen und vielschichtigen Oppositionsbündnis fehlte auch schlichtweg an Kommunikationskanälen Richtung Wähler. Außerhalb der Medien gelang die Aktivierung der eigenen Wählerschaft kaum. Keine der Parteien weist eine verlässliche landesweite Organisationsstruktur auf, die die Bürger erreichen und ansprechen kann. Letztlich zeigte überdies eine Konstante in der Zusammenarbeit des Oppositionsbündnisses: die Parteien betrachteten und betrachten sich nach wie vor als Rivalen, nicht als Verbündete. Kein Wunder also, dass das vielschichtige und fragile Bündnis auseinanderbrach.⁴³

Was die Parlamentswahlen 2026 bringen, bleibt abzuwarten. Das Europa- und Kommunalwahljahr 2024 scheint jedenfalls als eine Art Paukenschlag gewirkt zu haben. Mit den neuen Parteienkonstellationen könnte sich das bisherige dreipolige System aufgelöst haben. Während Fidesz weiterhin dominant an der Spitze steht, ist die linke Opposition größtenteils in der Versenkung verschwunden. Einzig ein Dreierbündnis aus DK-MSZP-*Párbeszéd* kann sich mit Mühe und Not über der Fünfprozentmarke halten. Die rechtsradikale Unsere Heimat besetzt nach wie vor einen stabilen Platz unter der Zehnprozentmarke, insbesondere bei den enttäuschten Wählern auf dem Land. Das Todesurteil der Linken scheint hingegen eine neue oppositionelle Kraft unterschrieben zu haben: die Tisza-Partei um den Fidesz-Aussteiger Péter Magyar. Dieser sorgte im Frühjahr 2024 für Aufruhr und Schlagzeilen, als er unter dem Banner der Kritik von Korruption und interner Machtstrukturen aus dem Fidesz austrat und eine Protestbewegung ins Leben rief, die aus dem Stand als zweitstärkste Kraft mit sieben Abgeordneten ins Europaparlament einzog. Wenn Tisza personell und inhaltlich auch noch zu dünn aufgestellt war, um bei den parallelen Kommunalwahlen nennenswert zu partizipieren, könnte sie bei den Wahlen 2026 eine ernstzunehmende Herausforderin sein. Ob sie ihren Wirbel auch langfristig halten kann oder ebenso kläglich im Winde vergeht wie vergangene Erfolgshoffnungen des Oppositionslagers, bleibt abzuwarten. In ihrem Programm scheint sie sich vom bürgerlich-konservativen Standpunkt des Fidesz in jedem Fall kaum zu unterscheiden. Im Europaparlament übernahm sie den seit Fidesz' Austritt vakanten Platz in der konservativen EVP-Fraktion, woraufhin auch die bis dato noch dort verbliebene KDNP aus dieser austrat. Im Inland stand die Tisza im September 2024 bei 35 % und konnte sich damit seit der EP-Wahl

⁴³ Ebd., S. 195-198.

weitere 5 % Unterstützung auf Kosten der übrigen Oppositionsparteien aneignen, wohingegen Fidesz weiterhin gleichbleibend bei 45 % steht. Mit den letzten Wahlen gibt es im ungarischen Parteiensystem also nunmehr eine vierpolige Parteienkonstellation mit drei rechten und lediglich einem linken Lager.

7. Fazit

In den nunmehr knapp 35 Jahren seines Bestehens hat das ungarische Parteiensystem tiefgreifende Veränderungen durchlebt. Dabei haben die bestimmenden politischen Lager paradoxerweise eine genau gegensätzliche Entwicklung durchgemacht. Die Urbanisten und Westernizer („die ungarische Linke“) auf der einen Seite zeigten sich in den ersten 20 Jahren nach der Wende überaus geeint. Die Führungspartei MSZP begann als Sammelpartei verschiedener Strömungen der demokratischen Linken, die sich in einer Kompromisslösung zu einem einheitlichen Block zusammengeschlossen hatten und einen Volkspartei Charakter verkörperten. Erst mit der Aufkündigung dieses internen Kompromisses infolge der katastrophalen Wahlniederlage 2010 setzte eine unaufhörliche Spaltungsentwicklung in immer neuerliche Strömungen ein, die zu einer weitgehenden Selbstzersplitterung geführt hat. Während der Wettbewerb innerhalb der Linken stetig zunahm, ging der gesellschaftliche Rückhalt zurück. Statt auf die Probleme der Wähler zu reagieren, war man weitestgehend mit sich selbst beschäftigt. Im Ergebnis erreichten selbst alle zersplitterten Oppositionsparteien zusammen nicht mehr die Unterstützung der ehemaligen einheitlichen MSZP und erlitten schwere Niederlagen in Serie.

Spiegelverkehrt entwickelte sich hingegen das Lager der Traditionalisten und Volksnahen („die ungarische Rechte“). War diese in den ersten knapp 15 Jahren nach der Wende äußerst segmentiert und in mehrere Parteien innerhalb und außerhalb des Parlaments aufgeteilt, stieß die Führungspartei Fidesz ab 1993, insbesondere ab 2006, einen langfristigen Prozess der Einigung an. Über Zusammenschlüsse, Eingliederungen und Auflösungen der rechten Parteien baute sie eine organisatorisch starke, diszipliniert arbeitende Sammelpartei mit Volkspartei Charakter auf, die die ungarische Rechte – mit Ausschluss der Rechtsradikalen – geschlossen repräsentierte. Dieser Prozess wurde auch durch zwei aufeinanderfolgende Wahlniederlagen 2002 und 2006 nicht unterbrochen – im Gegenteil, sie befeuerten die Umstrukturierung nachhaltig. Seit 2010 feiert das Lager um Fidesz ständige Siege in Folge und hält seit nunmehr 14 Jahren fast ununterbrochen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.

Viele kritische Stimmen haben es sich inzwischen zur Gewohnheit gemacht, aufgrund der dominanten Rolle des Fidesz innerhalb der Parteienlandschaft den demokratischen Charakter Ungarns in Zweifel zu ziehen. Dabei ist die Antwort auf diese Frage zweifelsfrei. Das ungarische Parteiensystem – sei es nun ein dominantes Parteiensystem oder nicht – ist demokratisch; der Wettbewerb zwischen den Parteien wurde nie ausgesetzt.⁴⁴

Was also könnte ein mögliches Szenario für die Zukunft dieses Parteiensystems⁴⁵ darstellen? Zunächst dürften sich die Rolle der Außenpolitik und die Auswirkungen des internationalen Umfelds immer stärker auf den ungarischen Parteienwettbewerb und die Wahlkämpfe auswirken. Innerhalb der EU zeichnet sich zunehmend eine Spaltungslinie ab, die vordergründig zwischen Brüssel und den ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten zu verlaufen scheint. Hintergründig spiegelt sich hier der Konflikt um die Zukunft der Verfasstheit der Union zwischen den Globalisten (Föderalisten) und den Regionalisten (Souveränisten) wider. Ungarns Regierungspartei Fidesz nimmt hierbei eine vorderste Frontstellung ein. Dies ist auch insofern nicht verwunderlich, als die ideologische Bruchlinie, die sich EU-weit aufgetan hat, innerhalb Ungarns zwischen den zwei Lagern seit Jahrhunderten ausgefochten wird. Sie fügt sich nahtlos in den Konflikt zwischen *népiek* und *urbánusok* ein. Fachleute täten gut daran, Ungarn als Analysegegenstand gesamteuropäischer Konflikte aufmerksam und wachen Auges zu betrachten.

Ferner dürfte das regierende Parteienbündnis aus Fidesz-KDNP auf absehbare Zeit ein Monolith im ungarischen politischen Wettbewerb bleiben, der die Geschicke des Landes bestimmen wird. Die stabile innere Lage der Regierungsparteien und die hierarchische Unumstrittenheit Viktor Orbáns lassen sich aber auch auf eine solide politische und wirtschaftliche Situation Ungarns zurückführen. Inwieweit eine langfristige politische Krise oder eine dauerhafte Verschlechterung der Wirtschaftslage zu einem internen Dissens führen könnten, bleibt abzuwarten. Bisweilen zeigte sich das Regierungsbündnis jedoch, allen Krisen ab 2020 zum Trotz, unerschütterlich.

Neben der inneren Verfasstheit der Regierungsmehrheit wird auch die externe Konkurrenzfähigkeit der Opposition einen bestimmenden Faktor bilden. Diese hängt auch und in erster Linie am Votum der Wähler, welches wiederum in großen Teilen mit der materiellen

⁴⁴ Vgl. (Horváth und Soós 2015), S. 275.

⁴⁵ Vgl. (Szarvas 2019), S. 8-9.

Situation der Wahlbürger steht und fällt. Hier lässt sich anhand der statistischen Zahlen ein eindeutiges Fazit ziehen: Aller tiefen sozialen Traumata, innerer Spannungen und gesellschaftlicher Spaltungen zum Trotz lebten die Ungarn in den letzten 14 Jahren in Frieden, blieben von einschneidenden politischen und wirtschaftlichen Krisen (weitestgehend) verschont und die maßgeblichen Kennzahlen des Lebensstandards, des Wohlstands und der öffentlichen Sicherheit verbesserten sich signifikant. Streiks, Proteste oder politische Gegendemonstrationen waren selten. All dies wird durch die Situation und die Leistung der Oppositionsparteien noch verstärkt. Ein Erfolg bei politischen Wahlen hängt in großen Teilen aber davon ab, wie regierungsfähig, wie geeignet eine Partei vom Wahlvolk begriffen wird. Ergebnisse vorweisen kann, in den Augen einer Mehrheit der Wähler, der Fidesz.

Schließlich liegt das Schicksal der Opposition allerdings nicht nur in den Händen der Wahlbürger, sondern auch maßgeblich in ihren eigenen. Das geltende ungarische Wahlrecht macht es aus fachlicher Sicht unmissverständlich klar, dass bei einer Mehrheitswahl in Einer-Direktwahlkreisen und einem einzigen Wahlgang, nur eine solche Opposition im Parteienwettbewerb erfolgreich sein kann, die möglichst wenige verschiedene Kandidaten ins Rennen gegeneinander schickt. Mit anderen Worten: Seit 2012 ist bekannt, dass das geschlossene bürgerlich-konservative Lager um Fidesz nur dann besiegt werden kann, wenn ihm eine einzige ebenso geschlossene Formation mit einem einzigen Gegenkandidaten gegenübersteht. Dieses logische Gesetz haben die Oppositionsparteien auch im Sommer 2024 noch nicht akzeptiert und konkurrieren weiterhin in erster Linie mit sich selbst und erst in zweiter Linie mit dem Fidesz. Inwiefern die neue Tisza-Partei von Péter Magyar diese Konstanten und Faktoren der ungarischen Parteienlandschaft beeinflussen wird, muss sich noch zeigen,

Literaturverzeichnis

„2010. évi L. törvény a helyi önkormányzati képviselők és polgármesterek választásáról.“
2010. <https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=A1000050.TV>.

„2013. évi LXXXVII. törvény az országgyűlési képviselők választása kampányköltségeinek átláthatóvá tételéről.“ 2013. <https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=a1300087.tv>.

„2013. évi XXXVI. törvény a választási eljárásról.“ 2013.
<https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=A1300036.TV>.

Czene, Gábor. „Lényegében semmilyen szabálynak nem kell megfelelni az EP- és önkormányzati választások kampányköltségeit illetően.“ *Népszava*. 7. Juni 2024.
https://nepszava.hu/3238140_lenyegeben-semmilyen-szabaly-nem-kell-megfelelni-az-ep-es-onkormanyzati-valasztasok-kampanykolteseit-illetoen.

Gazsó, Ferenc. „A Magyar Szocialista Párt versenyhelyzete.“ In *Két választás között*, von István Stumpf, S. 206-225. Budapest: Századvég Kiadó, 1997.

Horváth, Attila, und Gábor Soós. „Pártok és pártrendszer.“ In *A magyar politikai rendszer – negyedszázad után*, von András Körösenyi, S. 249-278. Budapest: Osiris, 2015.

Kiszelly, Zoltán. „Ungarn: Auf dem Weg zum Kartellparteiensystem?“ In *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, von Ellen Bos und Dieter Segert, S. 121-132. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 2008.

Kovács, István, Balázs Molnár, und Miklós Szánthó. *Integrity, Courage, Dignity. Making Hungary Great Again. 2010-2022*. Budapest: Jogállam és Igazság Nonprofit Kft., 2022.

Rasthofer, Alexander. *Vielfalt in Einheit. Liberalismus und Kommunitarismus in Transformationsstaaten am Beispiel Ungarns unter Viktor Orbán und dem Fidesz*. Regensburg: Masterarbeit, Universität Regensburg, 2023.

Szarvas, László. „A magyar politikai pártrendszer – történelmi metszetek 1989/90.“ 2019.
https://wsuf.hu/media/attachments/acta_wekerleensis/2019/Dr-Szarvas-Laszlo-A-magyar-politikai-partrendszer-tortenelmi-metszetek-1989-90.pdf.



DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Impressum

Von: Tamás Fonay, Projektkoordinator für Forschung und Veranstaltungen

Alexander Rasthofer, Projektkoordinator für Forschung

Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer LL.M.

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu